

Themen aus dem Landtag (17. Tagung 12. bis 14.12.2018)

Spürbare Entlastungen für die Menschen in Schleswig-Holstein

Der letzte Landtag in diesem Jahr begann mit der Verabschiedung des Haushalts für 2019. Wir beweisen mit unseren Haushaltsanträgen: Echte Veränderung für die Menschen in Schleswig-Holstein ist möglich. Mit unseren Haushaltsanträgen schaffen wir spürbare Entlastungen. Das gilt vor allem für die Bereiche Bildung, Wohnen, Personal, Soziales, Kitas und das UKSH. Darüber hinaus wollen wir die neu gewonnenen Spielräume zur Schuldentilgung nutzen. Dazu erklären der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner und die finanzpolitische Fraktionssprecherin, Beate Raudies:

„Es war die hohe Haushaltsdisziplin der SPD-geführten Küstenkoalition, die die Voraussetzungen für das aktuelle Budget auf Rekordniveau möglich gemacht hat. Gegenüber dem Ansatz von 2018 fließen rund 600 Millionen Euro mehr in die Landeskasse. Ein Glücksfall für das Land – eigentlich. Denn trotz dieses noch nie da gewesenen Budgets bleiben CDU, FDP und Grüne mit ihrem Haushalt die Antworten auf die großen Zukunftsfragen weiterhin schuldig. Stellt sich jede Bürgerin und jeder Bürger ernsthaft die Frage, ob sich sein Leben seit Amtsübernahme von Jamaika spürbar verbessert hat, so wird die Antwort für über 95% der Menschen enttäuschend ausfallen. Der Haushaltsentwurf der Koalitionäre ist angesichts des riesen Etats ein politisches Armutszeugnis. Für uns ist deshalb eines ganz klar: Das viele Geld muss jetzt spürbar bei den Leuten ankommen.

Die Sondervermögen des Landes, insbesondere IMPULS, sind prall gefüllt. Investitionen jenseits der Milliardengrenze mögen da sehr verlockend klingen. Angesichts steigender Baukosten, Fachkräftemangel in allen Ebenen und hoher Auslastung der Bauwirtschaft geht es aber vor allem um das „Wie“ in der Frage zur Beseitigung des Sanierungsstaus. Die Ministerin muss sogar schon Kosten für Baukostensteigerungen in den kommenden Jahren einplanen. Zugleich gesteht sie aber ein nicht zu wissen, ob das viele Geld auch verbaut werden kann. Der Fachkräftemangel droht den Aufschwung abzuwürgen und die Landesregierung sieht dabei hilflos zu.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die Investitionsansätze im Haushalt von Jamaika stehen symptomatisch für das Gesamtbild: Konflikte zwischen den Koalitionspartnern und mit den Kommunen werden mit viel Geld zugeschüttet. Es werden Millionen für Projekte eingestellt, die konzeptionell höchst fragwürdig sind und auch im Widerspruch zur Aussage der Finanzministerin stehen, es stünden keine finanziellen Spielräume zur Verfügung. So werden von den Koalitionsfraktionen 30 Millionen Euro nach dem Gießkannenprinzip verteilt, ohne dass dahinter nachhaltige Ideen stehen.

Das politisch absolut untragbare Konzept macht die geplante Abschiebehafeinrichtung für uns nicht zustimmungsfähig. Eine Bereitstellung von Mitteln über den Haushalt verbietet sich daher für den Haushaltsgesetzgeber und wäre auch eine unverhohlene Zustimmung zur Inhaftierung von Kindern.

Dass sich Jamaika mittlerweile vom Personalabbaupfad de facto komplett verabschiedet hat, ist gerade im Bildungsbereich per se nicht zu kritisieren. Uns irritiert jedoch, dass gerade CDU und FDP noch vor Kurzem den Personalabbau als ihr zentrales Mittel zur Haushaltskonsolidierung gesehen haben. Das spielt heute offenbar keine Rolle mehr. Die Beantwortung der Frage, wie die vielen neuen Stellen besetzt werden sollen, obwohl der Fachkräftemangel bereits vielerorts zuschlägt, bleibt die Landesregierung eine Antwort allerdings schuldig.

Anstelle die Gewinnung von Fachkräften offensiv anzugehen, hat diese Landesregierung weder Plan noch klare Linie, wie sie den öffentlichen Dienst attraktiver machen will. Alles wird auf die kommenden Jahre verschoben. Das zeigt sich besonders gut bei den Sonderzahlungen.

Was die CDU einst versprochen hat, gilt auch hier längst nicht mehr. Stattdessen flüchten sich die Jamaikaner in juristische Floskeln und Ausreden. Der anhaltende Frust bei den Bediensteten wird jedenfalls nicht dazu führen, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen.

Wir zeigen mit unserem Haushaltsantrag, dass A13 für Grundschullehrer schon heute möglich wäre. Jamaika fehlt der Mut, dies zuzugeben. So werden junge Menschen nicht dazu motiviert, den Lehrerberuf zu ergreifen!

Der derzeitige Prozess zur Neuordnung der Kita-Finanzierung läuft unter den völlig falschen Voraussetzungen. Ziel muss von vorne herein die Beitragsfreiheit sein und um sie herum muss alles andere aufgebaut werden. Schleswig-Holstein wird durch die Politik durch CDU, FDP und Grünen im Norden zunehmend isoliert.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern – alle unsere Nachbarn machen sich unter sozialdemokratischer Führung auf den Weg zur Beitragsfreiheit. Die von Jamaika angekündigte gesetzliche Begrenzung der Eltern-Beiträge allein ist völlig unzureichend. Den Regierungsparteien fehlt der politische Wille. Die SPD zeigt auch hier, wie es geht: Mit den Mitteln aus dem Gute-Kita-Gesetz und umgewidmeten Mitteln des Kitageldes wäre die Beitragsfreiheit in der Krippe schon heute möglich.

Zum Thema Wohnen gibt es noch immer kein klares Konzept für die Fortführung der Förderung nach Ablauf des Förderprogrammes 2015-2018. Das ist insofern bitter, wenn man bedenkt, dass die Regierung anderthalb Jahre Zeit dafür hatte und das Ende der Förderperiode nicht überraschend kommt. Bezahlbaren Wohnraum zu finden ist für viele Menschen mittlerweile zu einer unüberwindbaren Herausforderung geworden. Wir wollen die Kommunen deshalb finanziell dabei unterstützen, wieder eigene Wohnungsbestände aufzubauen. Jamaika lehnt das weiter kategorisch mit der Begründung ab, dass dies nicht schnell genug ginge. Wann aber anfangen, wenn nicht jetzt? Dahinter steht die irriige Annahme, der Markt werde es schon richten. Wir wollen das Land wieder zum Akteur in der Wohnungswirtschaft machen. Hierzu wollen wir eine Projektstudie in Auftrag geben, die die Möglichkeiten der Ausgestaltung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft aufzeigt.

Medizinische Versorgung auf Spitzenniveau gibt es nicht zum Nulltarif. Das Land hat eine besondere Verantwortung für das UKSH als Maximalversorger. Um die notwendigen Investitionen, die mit dem Umzug in die neuen Gebäude und der Ausstattung mit der modernsten Technik einhergehen, realisieren zu können, muss das Land ein starkes Signal der Unterstützung senden. Jamaika hat im Koalitionsvertrag eine Erhöhung der Zuschüsse vereinbart. Passiert ist bisher aber rein gar nichts. Wir werden deshalb 25 Mio. Euro als Investitionskostenzuschuss für das UKSH beantragen. Zudem werden wir die Landesregierung mit einem Sachantrag im Plenum dazu auffordern, Farbe zu bekennen und ein klares Konzept für die künftige finanzielle Unterstützung des UKSH vorzulegen.

In Zeiten von Haushaltsüberschüssen und angesichts von 26,4 Mrd. Euro Altschulden und den hinzukommenden Belastungen aus der HSH Nordbank wird es dringend Zeit, sich auch über ein höheres Engagement bei der Schuldentilgung Gedanken zu machen. Das Geld darf nicht weiter nur in Sondervermögen gebunkert werden. Erstaunlich ist, dass dieses wichtige Thema im Finanzplan der Landesregierung nicht einmal eine Seite einnimmt. Das vom Landtag im Frühjahr beschlossene Ziel eines Schuldentilgungsplanes ist daher genau richtig. Im Finanzplan vorgesehen ist dafür aber noch gar nichts. Wir warten gespannt auf die für das Frühjahr 2019 zugesagten Vorschläge für den Schuldentilgungsplan, halten aber den Haushaltsentwurf 2019 schon für nicht ambitioniert genug.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Wir zeigen, dass die von Monika Heinold mit der Nachschiebeliste wie selbstverständlich verkündete Neuverschuldung nicht in Stein gemeißelt ist. Hier könnte mit entsprechender Haushaltsdisziplin ein klareres Signal gesetzt werden, dass der Schuldenabbau auch ernst gemeint ist. Unsere Haushaltsanträge beinhalten eine um 35 Millionen Euro geringere Neuverschuldung!

Alle unsere Anträge sind gegenfinanziert. Unser Haushalt steht auf soliden Beinen und ist somit eine echte Alternative zu den ambitionslosen Plänen der Landesregierung.“

Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner:

https://www.youtube.com/watch?v=N1dtyz_FpV0&index=2&list=PL5kOY-m3EF1djf6loryj9nk117d95DlzO

Hier findest du die Rede von Beate Raudies:

<https://www.youtube.com/watch?v=r8l4RoC-mAc>

Online-Handel rechtlich regeln – Tiere vor Missbrauch und Quälerei schützen

Das Geschäft mit online gehandelten Tieren ist in Deutschland ein sehr lukratives. Das entsprechende Angebot in einschlägigen Verkaufsbörsen ist riesig. Gerade zu Weihnachten schießen die Umsatzzahlen kräftig in die Höhe. Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Auf Initiative der SPD befasste sich das Parlament mit der Frage, wie man den Online-Handel mit Tieren besser regeln und unsere vierbeinigen Gefährten schützen kann. Dazu erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Weber:

„Oft werden Hunde, Katzen und Hamster im Internet zu Schnäppchenpreisen angeboten. Hinter den vermeintlich guten Angeboten stecken in vielen Fällen erbärmliche Zuchtbedingungen. Die wahre Herkunft der Tiere lässt sich aufgrund der Anonymität der Anbieter in den oftmals unseriösen und dubiosen Anzeigen nicht nachvollziehen.

Beim Handel mit Hundewelpen aus Osteuropa werden die Tiere häufig auf engstem Raum in Käfigen in ein Auto gepfercht. Viele von ihnen kommen beim Transport nach Deutschland um.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Um die Tiere vor diesem Missbrauch und der Quälerei zu schützen, fordern wir die Landesregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, dass der online-Handel mit Tieren rechtlich geregelt und der anonyme Verkauf von Tieren im Internet verboten wird. Dazu bedarf es einer rechtsverbindlichen und bundesweit einheitlichen Verordnung, die das Anbieten von Tieren im Internet nach Tierschutzstandards regelt.

Außerdem fordern wir eine bundeseinheitliche Zertifizierung sowie Sachkundeprüfung für Verkäuferinnen und Verkäufer und Verkaufsportale. Zudem muss die Erlaubnispflicht für das Anbieten von Tieren auf Internet- Börsen ausgeweitet und durch eine unabhängige Fachkommission tierschutzrechtlich und tierschutzfachlich fortlaufend überwacht werden. Das Wohl der Tiere muss uns mehr wert sein als schmutzige Geschäfte.“

Hier kannst du dir die Rede von Stefan Weber anschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=9fqaJ3m6CkE>

Unsere Schulen befinden sich mitten in einem digitalen Umbruch

Auch unseren Antrag zur Digitalisierung (Drucksache 19/671) haben wir in der vergangenen Woche im Landtag diskutiert. Dazu erklärt der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kai Vogel:

„Vor zwei Wochen kam erst mal die gute Nachricht: Koalition und Opposition im Bundestag haben sich auf eine Grundgesetzänderung zur weitgehenden Abschaffung des Kooperationsverbotes verständigt. Dann kam die schlechte Nachricht: die Länder waren in den Kompromiss des Bundestages nicht eingebunden und meldeten Widerstand an. Inzwischen ist klar, dass es ein Vermittlungsverfahren geben wird. Somit können wir heute nicht wissen, ob und in welcher Form das Kooperationsverbot überwunden werden kann.

Die Umsetzung des Ziels, alle Schulen bis 2021 mit WLAN auszustatten, liegt noch in weiter Ferne. Gerade die Debatte um den Digitalpakt Schule zeigt erneut, wie schwierig die Abstimmung der verschiedenen staatlichen Ebenen ist. Es führt nichts an verlässlichen Vereinbarungen zwischen dem Land und den Schulträgern vorbei, die auch belastbar sein müssen, wenn das Geld nicht mehr so üppig sprudelt wie heute.

Jamaika ignoriert das und hat im Ausschuss wieder mal einen ihrer selbstgenügsamen Akklamationsbeschlüsse nach der Devise verabschiedet: „Was die Regierung tut, ist

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

wohlgetan!“. Wir hingegen wissen, dass die Regierung den Mund gern etwas zu voll nimmt – A20 lässt grüßen! Die Schülerinnen und Schüler werden es ausbaden müssen, wenn es auch 2021 heißt, leider, leider, leider habe sich der Zeitplan doch nicht so ganz halten lassen.“

Die Rede von Kai Vogel dazu findest du hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=HmxMfcXeUjA>

„Reichsbürger“ sind keine stille Gefahr mehr

Bis 2016, als ein Reichsbürger in Bayern einen Polizeibeamten bei einer Waffenkontrolle ermordete, wurde die Szene als ein Netzwerk schrulliger Spinner abgetan. Spätestens seitdem lacht aber niemand mehr über die Behörden lahmliegenden Verschwörungsideologen, die glauben, die Bundesrepublik Deutschland sei eine GmbH und noch immer besetzt, weshalb sie ihren Personalausweis reihenweise zurückgeben. Anlass für die Debatte im Landtag war die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage. Dazu erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechtsextremismus, Tobias von Pein:

„Die Affinität von Reichsbürgern zu Waffen und der Glaube an ein bis heute fortbestehendes deutsches Reich ist häufig auf finanzielle und/oder psychische Probleme zurückzuführen. Ohne anerkannten Staat müssen in ihrer Logik etwa keine Steuern abgeführt werden. Glücklicherweise werden sie mittlerweile ernst genommen. So ist die deutlich angestiegene Zahl in Schleswig-Holstein von 2015 mit gerade einmal 24 registrierten Szenemitgliedern 2017 auf mit nunmehr über 300 auch am ehesten auf eine erhöhte Aufklärungsquote zurückzuführen.

Es kann auch nicht beruhigen, dass lediglich bei zwölf dieser Personen eine direkte Verbindung zum organisierten Rechtsextremismus festgestellt werden konnte, da die Dunkelziffer mit Sicherheit wesentlich höher ist.

Die Große Anfrage zeigt, dass die Landesregierung auch bei diesem Thema mauert. Wie bereits bei einer Kleinen Anfrage zum Thema Rechtsrockkonzerte sind keine Antworten, die über den Verfassungsschutzbericht hinausgehen, zu erhalten. Das ist ein Problem, will man die, die im Verborgenen gegen diesen Staat arbeiten, ins Licht der Öffentlichkeit rücken.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Darum fordert die SPD, die Szene verstärkt durch Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft überwachen zu lassen, Verstöße – insbesondere gegen das Waffengesetz – sofort zu ahnden, Behörden und Justiz über den angemessenen Umgang mit „Reichsbürgern“ zu informieren und die „Reichsbürger“ in die politische Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus systematisch einzubeziehen. Die Landesregierung darf sich nicht hinter Geheimhaltungsdogmen verstecken, sondern muss die Gefahr ernst nehmen und in die Öffentlichkeit rücken.“

Hier geht's zur Rede von Tobias von Pein:

<https://www.youtube.com/watch?v=pw17IDyqlR8>

Medizinische Produkte sollen Leben retten und sie nicht ruinieren

Zum SPD-Antrag „Gleiche Sicherheitsstandards für Medizinprodukte wie bei Medikamenten“ (Drucksache 19/1085) erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Heinemann:

„Medizinische Produkte sorgen zum wiederholten Male für Negativschlagzeilen. Durch das weltweite Recherchenetzwerk rund um die „Implant Files“ wurden erhebliche Mängel bei Zulassung und Überwachung dieser Erzeugnisse aufgedeckt. Es kann nicht angehen, dass Implantate oder Prothesen auf dem Niveau von Kinderspielzeug zertifiziert werden.

Bei vielen dieser Produkte handelt es sich um existenzielle Hilfen für den menschlichen Körper. Sie sollen die Lebensqualität verbessern und sie nicht ruinieren. Knochen- und Knorpelimplantate, Herzschrittmacher, Insulinpumpen, Gelenkprothesen, aber auch Brustimplantate können zu einem Horror für Betroffene werden und sogar zu lebensbedrohlichen Umständen führen. Anders als bei Medikamenten müssen hier keine evidenzbasierten Qualitätsprüfungen oder Evaluationen vorliegen.

Damit muss jetzt Schluss sein. Der Mensch darf nicht zum Experimentierbaukasten ungeprüfter Industrieprodukte werden. Wir müssen jetzt schnell handeln. Das gefährliche Geschäft mit der Gesundheit muss gestoppt werden. Die SPD fordert deshalb, dass Hersteller ihre Produkte vor Markteinführung in Zukunft strengen Kontrollen unterwerfen müssen. Hochrisikoprodukte müssen vom Markt genommen und geschädigte Patientinnen und Patienten rasch und unbürokratisch entschädigt werden.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Danke für gar nichts!

Im Landtag wurde auch zum Abschluss der Privatisierung der HSH Nordbank berichtet. Aus HSH wird HCB. Das so genannte „Closing“ Verfahren ist zu einem Ende geführt worden. Mittlerweile ist es traurige Gewissheit: Allein in Kiel sollen über 400 Stellen abgebaut werden. Dazu erklärt der SPD-Finanzpolitiker, Thomas Rother:

„Wir hätten uns auch gerne für den unermüdlichen Einsatz des Ministerpräsidenten zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Kiel und des Standortes bedankt. Denn noch beim Arbeitnehmerempfang zu Beginn dieses Jahres und bei der letzten Landtagsdebatte zur HSH Nordbank im April hat Daniel Günther davon gesprochen, dass am Standort Kiel 200 bis 600 Arbeitsplätze bei der Bank erhalten bleiben könnten. Was davon bleiben wird, konnten wir den Medien entnehmen. Das ist im Ergebnis kein Erfolg an der Untergrenze, sondern gäbe es noch einen Arbeitsplatz weniger - ein falsches Versprechen oder schlichtes Regierungsversagen. Das günstige Ergebnis für das Land ist kein günstiges Ergebnis für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt Kiel als Wirtschaftsstandort. Leider ist es so, wie der scheidende Aufsichtsratsvorsitzende Thomas Mirow feststellen musste, dass über die Zukunft der Arbeitsplätze von den neuen Eigentümern entschieden wird. Die alten Eigentümer haben leider nichts erreicht.“

Hier findest du die Rede zu diesem Thema von Thomas Rother:

<https://www.youtube.com/watch?v=VOsQ0SocF80>

Verschiedenes:

Großer Erfolg für das deutsch-dänische Grenzland

Zur Anerkennung des deutsch-dänischen Grenzlandes als immaterielles Weltkulturerbe der UNESCO erklärt die minderheitenpolitische Sprecherin und stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

Wir freuen uns gemeinsam mit der Sydslesvigsk Forening (SSF), dem Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) und allen Menschen, die in der Region beheimatet sind, über die Anerkennung des deutsch-dänischen Grenzlandes als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe. Das ist ein großer Erfolg für das Gebiet und die verdiente Würdigung der kulturellen Vielfalt und des Zusammenlebens von Mehrheitsgesellschaft mit den

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Minderheiten. Unser großer Dank gilt allen Beteiligten, die für die Region einen wirklich nachhaltigen Dienst geleistet haben.

Das deutsch-dänische Grenzland ist ein besonders und positives Beispiel, wie ein lang andauernder Grenzkonflikt friedlich beigelegt werden konnte und wie zugleich die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze weder vertrieben noch assimiliert wurden, sondern ihre Eigenständigkeit bewahren können. Wir haben das Glück, dass unser Grenzland gestärkt aus dem ehemaligen Konflikt hervorgegangen ist. Die Minderheiten unseres Grenzlandes haben darüber hinaus vereint Brücken gebaut und Wege geebnet. Sie haben das Leben im Grenzland geprägt.

Die Idee, das Zusammenleben im deutsch-dänischen Grenzland auf die Liste der UNESCO als immaterielles Weltkulturerbe zu setzen, ist bereits 2016 entstanden und auf den Weg gebracht worden. Ethnische Konflikte flammen weltweit immer wieder auf. In Europa sind heute dank der europäischen Integrationsleistung die meisten dieser Konfrontationen friedlich überwunden, aber einige sind nach wie vor virulent, manche melden sich auch wieder zurück. Gerade vor dem Hintergrund ist die Entscheidung ein großer Erfolg.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de